

MEHR SOLIDARITÄT WAGEN

Schlussfolgerungen
aus der Corona-Krise

Michael Vassiliadis
Vorsitzender der IG BCE

Hannover, im August 2020



Michael Vassiliadis
Vorsitzender der IG BCE

**„WER ANTWORTEN SUCHT AUF DIE
SOZIALEN UND WIRTSCHAFTLICHEN
CORONA-FOLGEN, FINDET SIE IN
DER WIEDER STÄRKEREN WIRKUNG
UNSERES GEWERKSCHAFTLICHEN
LEITMOTIVS: SOLIDARITÄT ALS PRÄ-
GENDES PRINZIP, IN DER ARBEITS-
WELT GENAUSO WIE IM GESELL-
SCHAFTSPOLITISCHEN MITEINANDER.“**

1. Die tiefste wirtschaftliche Krise der Nachkriegszeit

Nach fast einem Jahrzehnt stabilen Wirtschaftswachstums befinden sich Deutschland und Europa zur Mitte 2020 in einer ungeahnten ökonomischen Krise von bislang einmaligem Ausmaß. Quasi von heute auf morgen hat die Corona-Pandemie alle vormaligen Aussichten auf eine stabile konjunkturelle Entwicklung sowie gute Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven für breite Bevölkerungsteile zunichte gemacht oder aber zumindest unsicher gestellt.

Nach allen wirtschaftswissenschaftlichen Prognosen wird die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr drastisch einbrechen. Selbst bei einer günstigen Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte ist von einem insgesamt deutlichen Rückgang auszugehen.

Ob und wie schnell ein neuer Aufschwung erfolgen kann, ist nach wie vor ungewiss. Sicher ist indes, dass die Corona-Rezession Arbeitsplätze und Unternehmen in einer Dimension gefährdet, die selbst die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/9 übertrifft.

Innerhalb weniger Wochen und Monate haben sich im Zuge der Pandemie Arbeit und Leben in unserem Land tiefgreifend verändert. Der von Bundes- und Landesregierungen verordnete Shutdown hat die Ausbreitung des Virus mit Abstandsregeln, mit Einschränkungen der privaten Kontakte und der öffentlichen Bewegungsfreiheit, mit der Schließung von Schulen und Kindertagesstätten, Geschäften und Freizeiteinrichtungen sowie mit strikten Hygienevorschriften und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz bekämpft.

Diese temporären und in der Pandemie begründeten Eingriffe in Grundrechte, individuelle Freiheiten und das gesellschaftliche Miteinander waren notwendig, um Gesundheit und Leben zu schützen. Und sie waren so erfolgreich, dass eine schrittweise Rückkehr in eine neue Normalität erfolgen konnte – in eine Normalität, die durch das Bewusstsein geprägt sein muss, dass das Virus nach wie vor präsent und nicht besiegt ist.

Die im Übrigen weltweit steigenden Infektionszahlen zeigen in aller Härte, dass erst ein noch zu entwickelnder Impfstoff Schutz vor einer schwerwiegenden COVID-19-Erkrankung verspricht und eine wirkliche Option auf Normalisierung darstellt. Bis dahin bleiben auch weitere medizinische wie ökonomische Rückschläge als Folge einer „weiteren Welle“ nicht ausgeschlossen.

Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutet das anhaltende Sorgen um die eigene Gesundheit und das Wohlergehen ihrer Familien, verbunden mit Sorgen um die Sicherheit von Arbeitsplätzen, um Ausbildung und Übernahme, um Einkommen und Wohlstandsperspektiven. Umso wichtiger ist in dieser Zeit neuer Ungewissheit das Vertrauen in gewerkschaftlichen Schutz und den existenzielle Risiken minimierenden Sozialstaat.

Wer Antworten sucht auf die sozialen und wirtschaftlichen Corona-Folgen, findet sie in der wieder stärkeren Wirkung unseres gewerkschaftlichen Leitmotivs: Solidarität als prägendes Prinzip, in der Arbeitswelt genauso wie im gesellschaftspolitischen Miteinander.

- Gewerkschaftliche Solidarität bietet individuelle, politische und gesellschaftliche Orientierung in Krise und Wandel.
- Gewerkschaftliches Handeln bedeutet aktive Daseinsvorsorge statt wehrlos dem Virus, den politischen Verhältnissen und undurchschaubaren Marktmächten oder Arbeitgeber-Willkür ausgeliefert zu sein.
- Gewerkschaftliche Gestaltung erneuert Zuversicht und schafft Zukunftschancen in sozialer Gerechtigkeit.

2. Erneut geht Deutschland besser durch die Krise als andere Länder

Die Dramatik der Krise ist wesentlich auch darin begründet, dass sie eben nicht nur Deutschland, sondern zeitgleich fast alle Länder erfasst. Von daher ist nicht zu erwarten, dass von singulären Fortschritten eines Wirtschaftsraums rasche, problemlösende Konjunkturimpulse auf andere Regionen ausgehen. Umso mehr kommt es auf nationale Initiativen an, die eingebettet sein müssen in möglichst weltweit, mindestens aber europäisch koordinierte Programme zur Konjunkturbelebung.

Corona macht die Welt stärker denn je zu einer Schicksalsgemeinschaft, mit dem Welthandel als ein komplexes Geflecht von Wertschöpfungsketten und wechselseitigen Abhängigkeiten. Mehr Kooperation statt nationaler Egoismen, gemeinsame Aktion in der Krise und faire Regeln in der Globalisierung – das könnte die Grundlage einer neuen, weltweiten Fortschrittsperspektive sein.

Deutschland kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Denn im internationalen Vergleich hat unser Land alle Chancen, erneut besser und schneller durch die Krise zu gehen als andere Industrienationen. Wie schon in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/9 erweisen sich die starke industrielle Basis, ein handlungsfähiger Sozialstaat sowie die Kooperation von Politik und Sozialpartnern als struktureller Vorteil gegenüber Ländern ohne diese fundamentalen Stärken.

Dass die Bundesregierung schnell und entschlossen milliardenschwere Schutzschirme für Unternehmen und Beschäftigte gespannt hat, ist nicht zuletzt auf den gewerkschaftlichen Einfluss zurückzuführen. Regelungen wie Kurzarbeit als Schutz vor raschem Absturz in die Arbeitslosigkeit haben mittlerweile internationalen Vorbildcharakter und sind auch in die Krisenbekämpfung auf europäischer Ebene eingeflossen.

Kaufkraft sichern, Arbeitsplätze stabilisieren und die wirtschaftliche Basis möglichst unbeschädigt durch die Krise bringen, das war und ist der zwischen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften geschlossene Konsens und die grundsätzliche Leitlinie des Handelns in dieser kritischen Ausnahmesituation.

Im Ergebnis investiert kein anderes Industrieland pro Kopf der Bevölkerung stärker in sozialen Schutz und ökonomische Hilfen als Deutschland. Das trägt auch die Handschrift der IG BCE.

Begleitet wird das staatliche Handeln durch Vereinbarungen auf Branchen- und Betriebsebene. Die Sozialpartner sorgen auf diesem Weg für eine rasche, praxisnahe Umsetzung staatlicher Hilfen. Gleichzeitig leisten sie aus eigener Kraft und Verantwortung zusätzliche Beiträge der Krisenbewältigung – etwa in Form der tariflich garantierten Aufstockung des Kurzarbeitergeldes, mit der betrieblichen und branchenweiten Sicherung von Ausbildung, beim Infektionsschutz oder der Regelung von Arbeit im Homeoffice.

KEINE DER FÜR DIE ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER WICHTIGEN POLITISCHEN ENTSCHEIDUNGEN ZUR BEKÄMPFUNG DER CORONA-KRISE IST OHNE GEWERKSCHAFTLICHE BETEILIGUNG ZUSTANDE GEKOMMEN – NICHT IMMER MIT DEM GEWÜNSCHTEN ERGEBNIS ZU 100 PROZENT. ABER IN DEN MEISTEN FÄLLEN MIT EINDEUTIG ERKENNBAREN VORTEILEN FÜR MITGLIEDER UND BESCHÄFTIGTE.

3. Strukturelle Qualitäten Deutschlands auf Zukunftsaufgaben ausrichten

Gerade in Krisenzeiten bestätigt sich, dass eine an Markt-Egoismen und einseitigen Kapital-Interessen ausgerichtete Politik keine nachhaltigen Lösungsansätze bietet, im Gegenteil zerstörerisch und krisenverschärfend wirkt. Das zeigt allein ein kurzer Blick in die USA, wo die Krise mit explodierender Arbeitslosigkeit, krasser Ungerechtigkeit und sozialen Unruhen einhergeht. Aber auch die dortige Entwicklung der Infektionszahlen und der Covid-19-Todesfälle bestätigt im Vergleich das deutsche Modell des sozialen Ausgleichs und der Kooperation von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften.

- Weder die USA noch China taugen mit ihren unterschiedlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen als Vorbild.
- Wohl aber das Modell von sozialer Verantwortung und Gerechtigkeit in einer freiheitlichen Demokratie, das wir in Deutschland und Europa mitbestimmen und wesentlich prägen.

Die Stärken des deutschen Modells und der europäischen Alternative zum Kommando-Kapitalismus chinesischer Prägung wie zum unzivilisierten, kalten Kapitalismus der USA kommen in diesen Tagen der Krise besonders offensichtlich zum Tragen. Der Unterschied zu Ländern mit organisierter sozialer Verantwortungslosigkeit und strukturell gewollter Schwäche der Gewerkschaften wird deutlicher. Umso wichtiger ist es, daraus jetzt die richtigen Schlüsse zu ziehen. Denn auf den Transformationsfeldern der Zukunft steht Deutschland vor weiteren, ähnlich fordernden Herkulesaufgaben.

Die Krise trifft Deutschland – wie auch Europa und die übrigen Länder – zu einer Zeit, in der entscheidende Weichen für den klimapolitisch motivierten Umbau der gesamten Strukturen von Wirtschaft und Gesellschaft gestellt werden. Mit welchen Herausforderungen und Konflikten das verbunden ist, offenbaren die laufenden Debatten um Unterstützung und Zukunft des Automobilbaus und der Zulieferindustrie, um Luftfahrt und Flugzeugbauer, um den Umbau der Energiewirtschaft und um den damit verbundenen Ausstieg aus der Kohleverstromung.

Das Ziel, bis 2050 möglichst vollständig auf CO₂-Emission zu verzichten, verlangt nahezu allen Branchen im Zuständigkeitsbereich der IG BCE einen gewaltigen, grundlegenden Strukturwandel ab, von der Chemie- über die Papier- und Glasindustrie bis zu Kautschuk und Zement, Aluminium und Kupfer sowie Keramik. Gleichzeitig unterliegen Betriebe und Branchen der fortschreitenden Digitalisierung von Produktion, Arbeitsplätzen und Geschäftsmodellen – mit ungewissen Auswirkungen auf Beschäftigungschancen und Zukunft in Deutschland.



Der Transformationsprozess findet zudem in einer Zeit zunehmender Handelskonflikte und einer machtpolitisch getriebenen Neuverteilung der Weltmärkte statt. Die bisher schon schwachen Regeln der Globalisierung werden von den USA, China und auch Russland ausgehebelt und neu geschrieben, allerdings nicht im Geist der Kooperation und Solidarität, sondern einzig mit dem Ziel, in der Krise die Anteile am künftigen Wachstum der Weltwirtschaft dauerhaft zum einseitigen Vorteil neu zu verteilen: zwischen den Staaten und im Übrigen auch zwischen Unten und Oben in den Staaten.

Das droht die zerstörerische Komponente der Globalisierung nochmals zu forcieren. Trotz des drastisch beschleunigten Wirtschaftswachstums und der verbesserten Lebensverhältnisse, gerade in Asien, ist es nicht gelungen, die dramatisch ungleiche Verteilung von Vermögen und Lebenschancen abzubauen. Im Gegenteil, weltweit hat das Maß an krasser sozialer Ungerechtigkeit nochmals zugenommen. Und wo das der Fall ist, wie beispielsweise auch in Brasilien, geht diese Entwicklung regelmäßig einher mit härtesten Angriffen auf Demokratie und Gewerkschaftsrechte sowie mit enormen Umwelt- und Klimaschäden.

Umso dringender ist es, zu dieser Entwicklung politisch und konzeptionell ein Gegengewicht zu bilden. Die IG BCE kann und will dazu einen Beitrag leisten, indem wir mit gewerkschaftlicher Kraft das deutsche Erfolgsmodell fortschreiben und auf die künftig zentralen Herausforderungen ausrichten. Und das bedeutet:

- Eine starke industrielle Basis bleibt der Ausgangspunkt für die erforderlichen Innovationen und Investitionen, sowohl in der klimapolitischen als auch digitalen Transformation.
- Ohne einen gestaltungstarken Staat wird ein sozialer Ausgleich wirtschaftlichen Handelns und eine industriepolitische Begleitung der Transformationsprozesse – etwa der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft – nicht gelingen, sondern zu Strukturbrüchen und sozialen Verwerfungen führen.
- Mit der Kooperation der Sozialpartner ist die Chance gegeben, das Prinzip sozialer Gerechtigkeit in der Transformation zu verankern und Gute Arbeit zum Maßstab des Strukturwandels zu machen.

Dort, wo diese Kooperation fehlt, erwachsen regelmäßig, inner- und außerhalb von Krisensituationen, soziale Skandale und auch gesundheitliche Gefährdungen, wie etwa jüngste Beispiele von unzureichend geregelten Geschäftsmodellen in der Fleischwirtschaft belegen.

Eine gesamtgesellschaftlich wie wirtschaftlich erfolgreiche Gestaltung der Transformation braucht die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihrer Gewerkschaften, in der Arbeitswelt wie in der Politik, um einer einseitigen Orientierung an Gruppenegoismen und Einzelinteressen vorzubeugen.

Das bestätigt die Industrie- und Gewerkschaftsgeschichte, das ist aber auch eine der zentralen Lehren aus der Corona-bedingten Zeitenwende.

4. Die europäische Alternative stärken und weiterentwickeln

Eine Wirtschaft, die auf den Wettbewerb als treibendes Prinzip setzt und marktwirtschaftlich organisiert ist, braucht als Gegengewicht den sozialen Ausgleich wirtschaftlichen Handelns. Andernfalls führt das Ungleichgewicht von Macht und Möglichkeiten zu nackter Ausbeutung der abhängig Beschäftigten und empörender Ungerechtigkeit, in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen, beim Gesundheitsschutz und bis zur Verteilung von Bildungschancen.

Aus dieser Erfahrung heraus haben sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu Beginn der Industrialisierung zu Gewerkschaften zusammengeschlossen und seitdem Teilhabe an Wachstum und Wohlstand sowie individuelle Freiheiten für die Beschäftigten erstritten. Auch die 130-jährige Geschichte der IG BCE ist eine Geschichte des hart erstrittenen sozialen Fortschritts, die Jahr für Jahr fortgeschrieben wird. Die nächsten Kapitel werden zweifellos unter den Überschriften Corona-Krise und Transformation stehen.

Dass soziale Gerechtigkeit nach wie vor von systemrelevanter Bedeutung für die Funktionsfähigkeit einer Marktwirtschaft ist, zeigt sich gerade auch in der Zeit der Pandemie. Ohne eine Stabilisierung der Einkommen und damit der Kaufkraft fehlt es an Nachfrage und Absatzmöglichkeiten für Waren und Dienstleistungen. Eine erfolgreiche Krisenstrategie im Zeichen der Solidarität schützt somit nicht nur die Beschäftigten vor existenzieller Not und dem Verlust der Arbeit. Sie ist auch eine Voraussetzung für einen neuen Aufschwung und hält die dafür benötigten Fachkräfte in den Unternehmen.

Das gewerkschaftliche Verständnis von Solidarität unterscheidet sich denn auch fundamental von oberflächlichen Einmalaktionen wie der 500-Euro-Prämie für in der Corona-Krise besonders belastete Beschäftigte, etwa im Gesundheitswesen. Diese zweifellos auch materiell verdiente Anerkennung ist einmalig genauso schnell gewährt wie verwehrt. Jedenfalls solange, wie sie nicht als echter Rechtsanspruch auf Gute Arbeit im gewerkschaftlichen Sinne verankert ist – einschließlich einer dauerhaft fairen Bezahlung, garantiert durch Tarifverträge.

SOLIDARITÄT IM GEWERKSCHAFTLICHEN SINNE IST KEINE AUSSCHLIESSLICH MORALISCHE KATEGORIE, SONDERN EIN GRUNDLEGENDES GESELLSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHES GESTALTUNGSPRINZIP.

Wo das verwirklicht ist, sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weder Bittsteller, noch bedürfen sie der öffentlichen Fürsorge. Ihren Anspruch auf soziale Gerechtigkeit in der Arbeitswelt und auf sozialen Schutz durch den Sozialstaat leiten sie selbstbewusst aus eigener Arbeits-, Steuer- und Beitragsleistung ab.



Die soziale Ordnung der Arbeitswelt und ihre gewerkschaftliche Gestaltung ist der Ausgangspunkt für echte Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrer großen Mehrheit. Wo das fehlt, fehlt es am Ende an sozialem Ausgleich und Gerechtigkeit in der Gesellschaft und Politik insgesamt.

- Ohne Mitgestaltung und Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft und ihrer Gewerkschaften sind der Dominanz von Preis- und Rendite-Orientierung im Wettbewerb keine auf Dauer wirksamen Grenzen gesetzt.
- Ohne die politische Kraft der Gewerkschaftsbewegung und ihrer prägenden Kraft in der Arbeitswelt steht auch die staatliche Sozialpolitik immer in Gefahr, dem weltweiten Marktgeschehen und der Logik von Standortkonkurrenz zu unterliegen.

Offensichtliche Belege dafür finden sich nicht nur im internationalen Vergleich, sondern auch in der deutschen und europäischen Arbeitswelt. Je stärker Betriebe und Branchen von gewerkschaftlicher Gestaltung geprägt werden, umso größer ist der Schutz vor Arbeitslosigkeit und sozialem Absturz, umso besser gelingt es auch, die Menschen vor Infektionen zu schützen und das Virus einzudämmen.



**IN DIESEM SINNE VERSTANDEN UND VERANKERT
BEDEUTET SOZIALE GERECHTIGKEIT AUCH GESUNDHEITS-
VORSORGE UND KRISENPRÄVENTION – UND DAMIT
IMMER EINE LOHNENDE, GEWINNBRINGENDE INVESTITION
IN ÖKONOMISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE STABILITÄT.**

5. Tariffreie Zonen und gewerkschaftlich ungenügend geprägte Sektoren

Trotz der erwiesenen Vorteile hat das deutsche Modell Schaden genommen seit den Jahren der weltweiten neoliberalen Dominanz, in der Zeit schamloser Exzesse des aggressiven Finanzmarkt-Kapitalismus, die schließlich in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 mündeten.

Ein Jahrzehnt später schwächt die in ganzen Branchen systematische und bis heute nicht ausreichend korrigierte Unterminierung des deutschen Modells die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Es sind vor allem die vielfach fehlende Ordnung der Arbeitswelt und die Verweigerung gewerkschaftlicher Mitgestaltung, die den Grundlagen einer guten Entwicklung und der Krisenfestigkeit zusetzen.

Nackte Ausbeutung nach Art der industriellen Großschlachtereien, von Saisonarbeitern in der Landwirtschaft sowie in der europaweiten Logistik, treibt nicht nur das Infektionsgeschehen gefährlich voran. Solche frühkapitalistischen Verhältnisse mitten in unserem Land sind auch ein gesellschaftlicher Infektionsherd, der ausstrahlt und langfristig die sozialpartnerschaftlich geprägte Kultur der Arbeit vergiftet. Es ist ein Skandal im Skandal, dass erst Corona die öffentliche Wahrnehmung und politische Aufmerksamkeit auf solche Bedingungen gelenkt hat.

Die IG BCE versteht es als eine gemeinsame gewerkschaftliche Aufgabe ersten Ranges, diese nun offenbaren Ausbeutungsverhältnisse gesellschaftlich zu ächten, mit staatlicher Autorität sowie in politischer Dynamik neu zu reglementieren und mit Macht zu bekämpfen.

Vielleicht auf den ersten Blick weniger dramatisch, aber dennoch dem gewerkschaftlichen Prinzip der Solidarität unerträglich widersprechend, sind auch die unzureichenden Arbeits- und Entlohnungsbedingungen in weiten Bereichen personenbezogener Dienstleistungen.

Das korrespondiert regelmäßig mit einer ebenso unzureichenden tariflichen Gestaltung und gewerkschaftlichen Verankerung in Betrieben und Branchen. Wo es daran fehlt, bleiben in der Corona-Krise auch die Instrumente des Sozialstaates von begrenzter Wirkung.

- Aus Sicht der IG BCE darf es in Deutschland künftig keine quasi exterritorialen Gebiete geben, die sich dem Standardniveau Guter Arbeit in einer entwickelten Industriegesellschaft entziehen.
- Das zu ändern bedarf einer politischen Gegenbewegung und einer gewerkschaftlichen Gestaltungsoffensive.

Um überall zu einer sozial verfassten Ordnung der Arbeitswelt zurückkehren zu können, müssen alle Ausbeutung und Vereinzelung begünstigende Instrumente der Arbeitsmarktpolitik in ihren Missbrauchsdimensionen zurückgedrängt werden. Das ist gerade in den fordernden Corona-Zeiten vorrangig anzugehen. Andernfalls könnten im Zuge der Krise solche Arbeitsverhältnisse noch forciert statt korrigiert werden – von Leiharbeit und Befristung bis zu neuen Formen der Scheinselbständigkeit wie den sogenannten Soloselbständigen, Clickworkern und sonstigem Plattform-Proletariat.

Vielfalt und Flexibilität in den Arbeitsverhältnissen mögen den nach Anforderungen und Märkten unterschiedlichen Notwendigkeiten einer breiten Unternehmens- und Branchenlandschaft entsprechen. Das lässt sich erwiesenermaßen innerhalb des Tarifsystems angemessen abbilden.

- Geschäftsmodelle aber, die nur auf Kosten Guter Arbeit und zu Lasten des sozialen Schutzes funktionieren, haben in unserem Land keinen Platz – und spätestens mit der Corona-Krise jegliche Legitimation verloren.

6. Soziale (und politische) Stabilität hat ihren Quell in der Arbeitswelt

In der Transformation werden sich die Arbeitsverhältnisse weiter verändern. Die Digitalisierung beispielsweise ermöglicht neue Formen des mobilen Arbeitens, wie sie in den Wochen des Shutdowns bereits in vielen Unternehmen zum Einsatz gekommen sind. Damit könnte die Initialzündung für eine beschleunigte Digitalisierung, etwa in der Administration, gegeben sein, immer mit dem Ziel der Arbeitgeberseite, Arbeitskosten zu senken und Personal einzusparen.

In der Automobilindustrie und bei den Zulieferern steigt bereits der Druck auf Arbeitsplätze und Beschäftigte. Der Corona-bedingte Nachfrageausfall und der klimapolitisch begründete Wechsel zur E-Mobilität stellen die bisherigen Produktlinien infrage, ohne dass im gleichen Tempo neue Absatz- und Beschäftigungschancen entstehen. Hinzu kommt die Unsicherheit in den Belegschaften, ob die heutige Qualifikation auch den künftigen Anforderungen entsprechen wird und wie sich der Wandel auf das Entgelt auswirkt.

Die neuen (und alten) Unsicherheiten in der Produktion, Forschung und Verwaltung, ob Corona- oder transformationsbedingt, sind sicherlich nicht allein oder gar vollständig durch gewerkschaftliches Handeln auszuräumen. Aber die Voraussetzung, um überhaupt im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingreifen und gestalten zu können, sind geordnete Arbeitsverhältnisse mit Mitbestimmung und Tarifvertrag.

Die Basis für gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit muss gegeben sein, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Wandel nicht einfach nur als Objekte, sondern als Beteiligte und Mitgestalter des Wandels erfahren – sei es in betrieblich und tariflich getroffenen Vereinbarungen zur Weiterbildung, zur Beschäftigungs- und Standortsicherung, zu den Bedingungen von Home-Office und mobilem Arbeiten oder zu einer anständigen Entlohnung neuer Anforderungen und Arbeitsplätze.

Erst eine stabile, gewerkschaftlich geprägte Ordnung der Arbeitswelt vermittelt auch die Gewissheit, vor existenziellen Risiken abgesichert zu sein. Zum Beispiel, wenn das Kurzarbeitergeld durch Tarifvertrag vom Arbeitgeber aufgestockt wird. Auch Kranken- und Arbeitslosengeld sind in ihrer Höhe vom Verdienst abhängig, genauso wie die spätere Rente. Für die abhängig Beschäftigten setzt erst die gewerkschaftliche Tarifpolitik die Standards für Gute Arbeit, die wiederum eine gute Alterssicherung und das Niveau der Leistungen aus den Sozialversicherungen definieren.

Wo das nicht oder nicht ausreichend gegeben ist, reicht das Kurzarbeitergeld genauso wenig zum Leben wie die spätere Rente. Die Corona-Krise hat diesen Zusammenhang noch einmal aufgezeigt, etwa in der öffentlichen Debatte um das unterschiedliche Niveau von Lohnersatzleistung und das Gebot sozialer Gerechtigkeit.

Selbst ein ausgebautes System sozialer Sicherung bleibt daher in seinem Leistungsniveau auf Gute Arbeit mit möglichst flächendeckender tariflicher Gestaltung und Garantie angewiesen – in seinem generellen Finanzierungsniveau wie im Grad der individuellen Sicherheit etwa bei Arbeitslosigkeit oder im Alter.

Die Notlösung staatlich gesetzter Mindeststandards – ob Mindestlohn oder Grundrente – führt dagegen zu einem drastischen Verlust an Sozialstaatlichkeit. Wenn die Zahl der Arbeitsverhältnisse ohne Tarifvertrag weiter zunehmen sollte, wenn stattdessen Mindeststandards für immer mehr Beschäftigte greifen sollten, dann wird jede künftige Krise zu einer sozialen Katastrophe – und kaum mehr sozialverträglich zu bewältigen sein.

Der mit dem Verlust an gewerkschaftlicher Gestaltung verbundene Verlust an Sozialstaatlichkeit und der notdürftige Ersatz durch Mindeststandards minimiert am Ende den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gibt den Anspruch einer

solidarischen und gerechten Absicherung der großen Lebensrisiken in einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf.

Zu befürchten ist, dass die Dynamik der Transformation in einer weiter gespaltenen Arbeitswelt (tariflich, prekär, randständig, scheinselfständig, außertariflich) die bisherige Diskriminierung vertieft und neue Tatbestände sozialer Ungerechtigkeit schafft – bei Bildungs- und Weiterbildungschancen, in der Freiheit der Arbeitszeitwahl und in dem individuellen Einfluss auf die Arbeits- und Arbeitsplatzgestaltung, aber auch in der Bezahlung, in der Mobilität und im Gesundheitsschutz.

EINE UNZUREICHEND GEREGLTE ARBEITSWELT. OHNE VERBINDLICH ORGANISIERTEN AUSGLEICH WIRTSCHAFTLICHEN HANDELNS UND OHNE GELEBTE SOZIALPARTNERSCHAFT AUF AUGENHÖHE. BEDEUTET DIE KAPITULATION VOR SYSTEMATISCHER UNGERECHTIGKEIT.

Die so geschaffenen Gerechtigkeitsdefizite werden das gesellschaftliche Konfliktpotential drastisch erhöhen. Es ist absehbar, dass künftige Regierungen Entscheidungen etwa zum Mindestlohn unter dem Druck populistischer Politik oder mächtiger Wirtschaftsinteressen treffen.

Diese unmittelbaren Verteilungskonflikte werden das politische Klima belasten. Anders als heute noch, könnten der demokratisch legitimierte Staat und seine politischen Institutionen überfordert und tendenziell infrage gestellt werden.

Aus Sicht der IG BCE erwächst daraus eine eindeutige Orientierung für die Zukunft:

- Das Sicherheitsversprechen des Sozialstaates braucht die Ergänzung durch ein individuellen Risiken vorbeugendes Handeln im Betrieb – in der Altersvorsorge genauso wie etwa beim Gesundheitsschutz.
- Statt der Absicherung auf Basis staatlich gesetzter Mindeststandards muss die beitragsbezogene Sicherheit auf der Grundlage Guter Arbeit durchgesetzt werden – überall dort, wo neue Formen der Ausbeutung das deutsche Modell diskreditieren.
- Es darf prinzipiell keine Ausnahmen von der Versicherungspflicht geben, weil wir keine amerikanischen Verhältnisse wollen, schon gar nicht in Corona-Zeiten.

Die derzeitigen Zustimmungswerte von Bundesregierung und Koalition sind als Votum für unser Modell zu verstehen. Die Menschen honorieren die in der Krise erfolgreiche Kooperation von Staat und Sozialpartnern. Sie haben die Politik als handlungsstark erlebt, und dass diese in sozialer Verantwortung ihren Job macht.

Das hat auch den Rechtspopulismus zurückgedrängt. Wie fragil dieser Erfolg sein könnte, zeigt sich allerdings in der nach wie vor ungebrochenen Welle kruder Desinformation und abstruser Verschwörungstheorien in der Social-Media-Welt.

Dennoch bestätigen die jüngsten Corona-Erfahrungen:

- Demokratie braucht die Verankerung in der Arbeitswelt.
- Demokratie braucht soziale Sicherheit und Chancengerechtigkeit.
- Demokratie braucht nicht nur Miteinander in der Krise, sondern darüber hinaus eine starke Teilhabe aller an Wachstum und Wohlstand.
- Demokratie braucht starke Gewerkschaften, um sich als die bessere Wahl gegenüber autoritären und extremistisch geprägten Staatsformen zu behaupten.

7. Aufbruch aus der Krise in eine neue Zeit sozial-ökologischer Chancen

Über Parteigrenzen hinweg, von der Wissenschaft über Wirtschafts- und Umweltverbände bis zu den Gewerkschaften, gibt es in unserem Land derzeit eine ungewohnte grundsätzliche Übereinstimmung über den richtigen Weg aus der tiefsten Rezession der Nachkriegszeit: mit Investitionen in die Jahrhundertaufgabe der Transformation.

Diese Investitionsoffensive soll die unmittelbare, kurzfristige Stabilisierung von Beschäftigung, Unternehmen und Nachfrage ergänzen und als längerfristig wirkender Impuls fortführen. Auch das von der Bundesregierung aufgelegte Konjunkturpaket verfolgt diese Strategie.

Tatsächlich sind die künftigen Herausforderungen von fundamentaler Natur:

- Der Klimawandel und die konkreten Vorgaben, den CO₂-Ausstoß drastisch zu reduzieren, bedingen einen Komplettumbau von Wirtschaft und Gesellschaft – national, europäisch und weltweit.
- Die Digitalisierung verändert Arbeitsprozesse und Geschäftsmodelle mit hohem Rationalisierungspotential und Auswirkungen auf die bisherige internationale Arbeitsteilung sowie bisherige Marktanteile.
- Die Hegemonialbestrebungen der USA und Chinas verändern die Globalisierung in ihrer bisherigen Struktur und erhöhen das Konfliktpotential im Welthandel – ohne Gegengewicht und ohne Gegensteuern auch zu Lasten der deutschen Exportnation und der ökonomischen Entwicklung Europas.

Wir müssen uns vor diesem Hintergrund darauf einstellen, dass alte Märkte, jahrzehntelange Leitindustrien mit guten, tariflich gestalteten und mitbestimmten Arbeitsplätzen sich mindestens verändern, aber auch verloren gehen, während zur selben Zeit neue Märkte, die Produkte, Industrien und Arbeitsplätze von morgen entstehen.

Es ist deshalb nur naheliegend und begrüßenswert, die gewaltigen Milliarden-Beträge der akuten Corona-Krisen-Bekämpfung zu nutzen, um Deutschland gleichzeitig fit zu machen für die Zukunftsthemen der Transformation.

So groß die Übereinstimmung in dieser prinzipiellen Orientierung auch sein mag, so vage bleiben vielfach die Bekenntnisse zu den strukturellen Stärken Deutschlands, etwa zu Tarifautonomie und Mitbestimmung. Auch Solidarität und soziale Gerechtigkeit werden in diesen Tagen zwar vielfach zitiert. Aber die strukturellen Voraussetzungen, diese Werte in der Gesellschaft und vor allem in der Arbeitswelt wirkmächtig zu verankern, sind selten ein Thema.

Das ist umso erstaunlicher, als es aus Sicht der IG BCE keine wirtschaftlich wie gesellschaftlich erfolgreiche Transformation geben wird, die den offenkundigen Handlungsbedarf in Fragen sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit negiert.

In der urplötzlich durch das Virus ausgelösten, fundamentalen Krise hat sich Deutschland, haben sich die großen, gestaltungsfähigen Kräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, zwar besonnen, das Klein-klein der alltäglichen Konflikte ausgeblendet und auf die Stärken des deutschen Modells gesetzt. In der Verbindung von Corona-Krise und der Transformationsdebatte droht diese klare Priorisierung aber erneut verloren zu gehen.

Wenn einzelne Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände beispielsweise Corona-bedingte, befristete Eingriffe in das Arbeitszeitgesetz zum neuen, dauerhaften Standard hierzulande machen wollen, dann ist das nichts anderes als der Versuch, die politische Richtungsentscheidung zu Beginn der Krisen-Bekämpfung grundsätzlich umzukehren. Zumal es keine sachlich begründete und empirische belegte Notwendigkeit gab und gibt, das Niveau an sozialen Schutz bei der Arbeitszeit zu verringern, sondern lediglich eine ideologisch motivierte Forderung einiger Arbeitgeberverbände nach Deregulierung.

- Die IG BCE erwartet insbesondere von den Regierungsparteien eine klare Orientierung, dass in der Zukunft alle Angriffe auf den sozialen Gehalt des deutschen Modells abgewehrt werden.
- Die IG BCE erwartet insbesondere im Wahlkampf 2021 von allen demokratischen Parteien eine Antwort darauf, wie das erfolgreiche deutsche Modell unter den Bedingungen der Transformation weiter entwickelt und als fundamentaler Bestandteil der europäischen Alternative gestärkt werden soll.
- Die IG BCE erwartet eine klare Orientierung aller politischen Parteien, die in der Bundesregierung Verantwortung tragen wollen, dass der deutsche Weg einer sachorientierten sozialen Kooperation nicht auf akute Krisenzeiten beschränkt ist, sondern auch in den längerfristig unruhigen Phasen des Wandels fortgesetzt wird.

Für die meisten Menschen nimmt die Unübersichtlichkeit der komplizierten Veränderungslinien und -kräfte bereits zu, und das verstärkt die unmittelbaren Sorgen um Arbeit, Ausbildung, Gesundheit und persönliche Perspektive. Dem sollte mit einer Mut machenden Strategie begegnet werden – und mit gesellschaftlicher Verständigung auf Gute Arbeit als Leitbild der Transformationsprozesse.

- Auf Grundlage der Corona-Erfahrungen gibt es aus Sicht der IG BCE eine große Chance, in einer gesamtgesellschaftlichen Koalition der Modernisierung unseres Landes sozialen und ökologischen Fortschritt mit ökonomischer Prosperität zu vereinen.
- Jetzt gilt es, die historisch wohlmöglich einmalige Gelegenheit zu nutzen, alte politische Lager und hartnäckige Interessengegensätze zu überwinden und ein neues Commitment zum Wert der Kooperation zu schaffen – als Beitrag zur demokratischen wie sozialen Stabilisierung in den konfliktträchtigen Jahren der Transformation, in Deutschland wie in Europa.

Eine solche Verständigung setzt voraus, auch schwierige Verteilungsfragen im Geist sozialer Verantwortung zu beantworten. So wichtig es war, zur schnellen Krisenbekämpfung die Kreditfinanzierung staatlicher Intervention auszuweiten, so notwendig wird es sein, die Konditionen der Rückzahlung entsprechend dem Gebot sozialer Gerechtigkeit zu vereinbaren.



Die Rückkehr zu wirtschaftlicher Dynamik eröffnet gerade den hohen Einkommen und Vermögen Chancen zu wiederum überproportionalen Zuwächsen.

FOLGLICH STELLEN FINANZIELLE BEITRÄGE ZUR KRISENBEKÄMPFUNG, DIE DEN STARKEN SCHULTERN MEHR ABVERLANGEN ALS DEN SCHWÄCHEREN, KEINE ENTEIGNUNG, SONDERN EINE ZUKUNFTSINVESTITION DAR.

- Deutschland – und Europa – benötigen in der Verteilungspolitik einen Paradigmenwechsel, um den Investitionsbedarf für eine erfolgreiche Transformation aufbringen zu können.
- Zugleich stärken Beschäftigungsverhältnisse in Form der Guten Arbeit die Einnahmehasis des Staates und fördern Nachfrage und Konjunktur.
- Die Modernisierungsoffensive muss daher mit einer Gerechtigkeitsoffensive verbunden sein, beides im europäischen Rahmen, um Verzerrungen im Wettbewerb und Fehlsteuerung in den Kapitalflüssen zu vermeiden.
- Eine solche Gerechtigkeitsoffensive muss auch die verteilungspolitischen Fehlentwicklungen klimapolitischer Entscheidungen korrigieren und für die Zukunft ausschließen.



8. Konjunkturpolitik und Investitionsstrategien verstetigen

Auf die Tiefe der weltweiten Rezession hat die Bundesregierung mit einem Konjunktur- und Investitionsprogramm in historisch bislang unerreichter Dimension reagiert. Gleichwohl bleiben Aufgaben unerfüllt, die nun genauso entschlossen anzugehen sind.

Das größte Beschäftigungs- und konjunkturelle Risiko geht nach wie vor vom Einbruch der Automobilindustrie aus. Dort drohen insbesondere die Zulieferer, die zumeist nicht über die finanziellen Ressourcen wie die Hersteller verfügen, unter die Räder zu kommen. Das hätte weitreichende Folgen für die gesamte Branche. Wenn Wertschöpfungsketten reißen, geht nicht nur unschätzbare Know-how verloren, sondern auch das stärkste Argument für Automobilbau in Deutschland.

Deshalb muss die Bundesregierung einen Schutzschirm für Zulieferer aufbauen, der neben finanziellen Hilfen auch die zeitweise staatliche Beteiligung an klein- und mittelständischen Zulieferfirmen ermöglicht. Darüber hinaus fordert die IG BCE eine öffentliche Fortführungsberatung mit gewerkschaftlicher Beteiligung für Unternehmen, die insolvenzgefährdet sind. Gewerkschaftliche Beteiligung stellt sicher, dass das Interesse an Standort- und Beschäftigungssicherung angemessen eingebracht wird, als Gegengewicht zu einem etwaigen kurzfristigen und kurzfristigen Ausverkauf von Technologie, Innovation, Produktion und Beschäftigung. Um dem vorzubeugen, ist auch eine Fondslösung auf deutscher und europäischer Ebene zu prüfen.

Darüber hinaus ist die EEG-Umlage zur weiteren Konjunkturstützung und zur langfristigen Planungssicherheit für Verbraucherinnen und Verbraucher und Unternehmen in Gänze aus dem Staatshaushalt zu finanzieren. Den bislang vorgesehenen Entlastungsschritten müssen weitere folgen. Das würde alle Verbraucher um insgesamt 25 Mrd. Euro, vor allem aber die sozial schwächeren Haushalte, entlasten und den klimapolitisch gewollten Umbau der Energieversorgung mit mehr Gerechtigkeit ausstatten.

Allein der Ausbau der Erneuerbaren Energien, von Stromnetzen und Speichern sowie neuer, Wasserstoff basierter Wertschöpfungsketten, zeigt bereits: Die Dimension der Herausforderungen in der Transformation erfordert eine Investitionsoffensive, wie es sie seit dem Wiederaufbau nach dem Krieg nicht gegeben hat. Das setzt strategische Entscheidungen und eindeutige Prioritäten in der Umsetzung voraus.

- Wandel braucht Gestaltung und Perspektive – und gesamtgesellschaftliche Verabredungen nach dem Muster der Kommission Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung.
- Ohne gewerkschaftliche Mitgestaltung und Beauftragung drohen Investitionsoffensive und Gemeinwohlorientierung unter dem systematischen Druck von kurzfristiger Renditeerwartung, einseitigem Wettbewerbsdenken und Märkten im Umbruch zu verkümmern.
- Deutschland braucht zur Zukunftssicherung einen Transformationsfonds und neue Instrumente, um im Zusammenspiel zwischen Staat und Wirtschaft öffentliche und private Investitionen zielgenau anstoßen und fördern zu können.
- Zukunftsfähigkeit und Souveränität verlangen die Stabilisierung der Wertschöpfungsketten und ein neues Verständnis von Repatriierung systemrelevanter Produktion, von Arzneimitteln bis zur Datensicherheit, mindestens im europäischen Maßstab.

Mindestens 100 Milliarden sollte ein Modernisierungsprogramm für den weiteren Ausbau der physischen und digitalen Infrastrukturprogramme umfassen, an dessen Umsetzung die Bedingung von Tariftreue der Auftragnehmer und über dem Mindestniveau liegenden Arbeitsbedingungen zu stellen ist. Dumpingwettbewerb ist auszuschließen, wo der Staat unmittelbaren Einfluss auf Arbeits- und Entlohnungsbedingungen nehmen kann.

Generell müssen Konjunkturlösungen sichere und Gute Arbeit fördern und haben deshalb Voraussetzungen: Sozialverträglichkeit und möglichst Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen, Verpflichtung zu Tarifbindung und Betriebsrat, Sicherung von Ausbildung, Weiterbildung und Qualifizierung, Steuerehrlichkeit und keine Tricks mit Steueroasen.

- Wer die staatliche Leistungskraft in Anspruch nimmt, muss sich auch zu den Regeln und Prinzipien bekennen, die erst die jetzige Handlungsstärke staatlicher Institutionen in der Krise begründen.
- Wer in der Krise die konstruktive Kooperation der Sozialpartner sucht, muss für Miteinander, Mitgestaltung und Mitbestimmung im Betrieb, in den Branchen und auf Bundesebene auch dauerhaft eintreten, unter selbstverständlichem Respekt gegenüber unterschiedlichen Rollen und Interessen.

Unser Ziel ist die Beantwortung der großen Menschheitsfragen mit der Innovationskraft unserer Industrien, der Kreativität und dem Know-how der Beschäftigten und Guter Arbeit, garantiert durch Tarif und Mitbestimmung.

Deutschland verfügt über die finanziellen sowie technologischen Ressourcen, um insbesondere einen nennenswerten Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel zu leisten. Aber auch unser starkes Land ist viel zu klein, als dass die weltweiten Klimaziele in nationaler Anstrengung zu verwirklichen wären. Umso mehr müssen wir zuerst in Europa, aber auch weltweit die Kooperation mit befreundeten Nationen suchen und die gemeinsame Kraft in eine international erfolgreiche Klimapolitik lenken.

So wie Deutschland in früherer Zeit als „Apotheke der Welt“ Motor des medizinischen Fortschritts war, so wollen und können wir in Deutschland künftig technologische Lösungen für den globalen Klimawandel entwickeln – und in internationaler Solidarität auch finanzielle Voraussetzungen für deren Einsatz in Ländern schaffen, die vom Wohlstandsniveau der Industrienationen noch weit entfernt sind. Das verlangt auch nach einer Neubewertung, wo mit welchem finanziellen Einsatz am schnellsten und am stärksten der CO₂-Ausstoß zu vermindern ist.

Klimapolitik, digitale Wertschöpfung, Plattformökonomie und neue Dienstleistungen verstehen wir als gewerkschaftliche Gestaltungsaufgaben, nicht nur im nationalen, sondern im europäischen und internationalen Maßstab. Innovation verstehen wir dabei als Schlüssel zu einem Strukturwandel, der nicht nur Beschäftigungschancen bietet, sondern Gute Arbeit schafft.

Wer den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stattdessen Verzicht auf Lebensqualität und soziale Sicherheit verordnen will, der sollte zuvor innehalten und die Corona-Erfahrungen nachvollziehen.

Wie schnell und wie drastisch mühsam erarbeitete und erkämpfte Qualitätsstandards in der Arbeit und im Alltagsleben von Millionen Menschen verloren sind, legt die weltweite Pandemie unübersehbar offen.

- Die IG BCE wird sich allen entgegenstellen, die unseren Mitgliedern und den Beschäftigten neue Zumutungen verordnen wollen – ob scheinbar selbstlos und klimapolitisch motiviert oder vordergründig wettbewerbspolitisch, aber tatsächlich erkennbar verteilungsegoistisch begründet.
- Unsere Bereitschaft zur Kooperation hat Solidarität und soziale Gerechtigkeit zur Voraussetzung.

9. Europa aktivieren, Solidarität größer bauen

Mit der Corona-Krise hat die Europäische Union nochmals eine Begründung erfahren. Ein Virus, das keine Grenzen kennt, lässt sich eben nicht rein national bekämpfen, sondern nur in enger Kooperation, mindestens auf europäischer Ebene. Das gilt für die Vorbeugung gesundheitlicher Pandemie-Folgen genauso wie für die wirtschaftlichen und sozialen Folgen.

Dieser Erkenntnis zum Trotz waren die ersten Wochen mit dem Virus durch nationale Alleingänge und Egoismen, etwa in der Beschaffung von Hygienemitteln und Schutzausrüstung, geprägt. Das hat der europäischen Idee von Zusammenhalt und Zusammenarbeit geschadet und das Vertrauen in die europäischen Institutionen erschüttert.

Die IG BCE begrüßt, dass diese Phase des Rückfalls in nationalstaatliche Engstirnigkeit mittlerweile überwunden ist und gemeinsames, solidarisches Handeln in den Vordergrund rückt. Mit dem 500 Milliarden Euro Hilfspaket für besonders von der Pandemie betroffene Mitgliedsstaaten hat der Europäische Rat dafür ein wichtiges Zeichen gesetzt.

Nun muss der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft nach dem Corona-Schock die zentrale Aufgabe sein – auch für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in diesem Jahr.

DIE IG BCE BEGRÜSST DAHER AUSDRÜCKLICH DIE NEUE, AKTIVE ROLLE DER BUNDESREGIERUNG IN DER EUROPAPOLITIK.

Der sogenannte „Recovery-Fonds“ in Höhe von 750 Milliarden Euro bietet einen Ausweg aus einer drohenden europäischen Abwärtsspirale aus steigender Arbeitslosigkeit, höherer Verschuldung und wirtschaftlichem Niedergang. Das gilt insbesondere für das neue Instrument der Zuschüsse von 250 Milliarden Euro, die nicht von den Nationalstaaten rückzahlbar, sondern gemeinschaftlich aus dem EU-Haushalt zu finanzieren sind.

Das stellt einen, auch von der IG BCE seit Langem gefordert, Paradigmenwechsel hin zu mehr Solidarität in der europäischen Gemeinschaft dar. So erwachsen in den besonders schwer von Corona betroffenen Regionen und Ländern neue Chancen auf wirtschaftlichen Aufschwung und Beschäftigung.

Ein solcher Paradigmenwechsel ist aber nicht nur ein Gebot europäischer Solidarität, sondern entspricht auch dem eigenen Interessen Deutschlands. Denn eine Wiederbelebung der Konjunktur hierzulande wird solange kraftlos bleiben, wie unsere europäischen Nachbarn in der Krise verharren. Das ist die Konsequenz daraus, dass 53 Prozent der deutschen Exporte in die EU gehen. Würde die EU nach dem vorausgesagten Rückgang der Wirtschaftsleistung um neun Prozent nicht rasch auf einen deutlichen Wachstumskurs zurückfinden, wären das Ergebnis weitere Beschäftigungsverluste in unseren Branchen und Betrieben.

Darüber hinaus sind die Wertschöpfungsketten in Europa so eng miteinander verflochten, dass Einbrüche in dem einen Land, ob konjunktur- oder pandemiebedingt, direkte Auswirkungen in den Produktionsstätten anderer Länder haben. Mit der ökonomischen Krise und mit der Pandemie kann Europa gemeinsam fertig werden – oder gar nicht.

Wie in Deutschland wird auch in Europa die Krisenbekämpfung mit den zentralen Aufgaben der Transformation verknüpft. Die EU-Kommission hat dazu einen Vorschlag entwickelt, der unter dem Titel „Green Deal“ die klimapolitischen Herausforderungen und die Digitalisierung in das Zentrum europäischer Strukturpolitik rückt. Insgesamt 560 Milliarden Euro sollen in die Transformation fließen, 40 Milliarden Euro als Mittel für begleitende Unterstützung des Übergangs („Just Transition Fund“) zur Verfügung gestellt werden.

Aus Sicht der IG BCE sind diese Ansätze grundsätzlich geeignet, die großen Zukunftsaufgaben Europas anzugehen. Gemeinsam mit den Impulsen auf nationaler Ebene kann daraus ein Modernisierungs-, Innovations- und Beschäftigungsschub entstehen, der Kraft entfaltet und Optimismus weckt.

Im Mittelpunkt dieser Modernisierung müssen allerdings der Umbau der Energiewirtschaft und des Mobilitätssektors stehen – in einer Form, die soziale, wirtschaftliche und ökologische Ziele miteinander in Balance bringt statt sie zu negieren. Das findet beispielsweise seine Konkretisierung im europäischen Beihilferecht.

- Das europäische Beihilferecht muss so novelliert werden, dass es nationale und europäische Ambitionen im Strukturwandel unterstützt, statt be- oder verhindert. Etwa beim Umbau der deutschen Energiewirtschaft und dem Ausstieg aus der Kohleverstromung.

Europa ist zugleich der Gestaltungsraum, in dem sich machtpolitische Veränderung in der Globalisierung wirkungsvoll begegnen lässt, insbesondere mit einer effektiven industriepolitischen Strategie. Das erfordert nicht zuletzt eine Neufassung des Wettbewerbsrechts.

- Das europäische Wettbewerbsrecht muss sich künftig nicht nur auf die Verhältnisse im Binnenmarkt beziehen, sondern globale Verhältnisse stärker gewichten. Mit dem Ziel, die Selbstbehauptung Europas auf den Weltmärkten zu unterstützen, statt zu erschweren. Etwa bei der Gründung „europäischer Champions“.

Darüber hinaus erwartet die IG BCE von der deutschen Ratspräsidentschaft Initiativen zur sozialen Gerechtigkeit und zu einem in solidarischer Verantwortung geprägten Europa.

- Mit der Steuer auf Transaktionen müssen endlich die Finanzmärkte und die großen Finanzakteure ihren, seit der Krise 2008/9 überfälligen, Beitrag zu den großen Aufgaben der Zukunft und zu einem europäischen Aufschwung leisten.
- Genauso muss sichergestellt werden, dass künftig auch die großen Unternehmen der Digitalwirtschaft ihren steuerlichen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens und der Transformation leisten.
- Mit einem Europäischen Lieferkettengesetz ist Vorsorge gegen Auslagerung von Umwelt- und Sozialdumping zu treffen und die Chance zu nutzen, europäische Standards zu einem relevanten Faktor in der Entwicklung der Globalisierung aufzuwerten.

Die IG BCE wird sich im Verbund der deutschen Gewerkschaften und mit unserem europäischen Dachverband IndustriAll Europe mit Kraft und Initiative in die Gestaltung der deutschen Ratspräsidentschaft und Europas einbringen. Als Stimme der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit, über Grenzen hinweg und im Interesse aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

**WIR BRAUCHEN EUROPA.
EUROPA BRAUCHT UNS.**



10. Unsere gestaltende IG BCE

Die Corona-Pandemie hat vieles in Frage gestellt, was zuvor gesichert und selbstverständlich schien. Aber eines hat erneut Bestätigung gefunden: Das ist die gewerkschaftliche Idee von einer solidarischen Gestaltung von Arbeitswelt und Gesellschaft in sozialer Gerechtigkeit. Gerade in dieser Krise ist die Bedeutung, ist der Wert gewerkschaftlicher Handlungs- und Durchsetzungskraft noch einmal augenscheinlich dokumentiert.

Im Geist der Solidarität wollen und können wir aber nicht nur die Krise bewältigen. Im Geist der Solidarität wollen und können wir auch die großen Aufgaben der Transformation bestehen.

Selten war eine Mitgliedschaft in der IG BCE für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer so wertvoll wie heute.

- Gewerkschaft bedeutet Sicherheit in der Krise.
- Gewerkschaft bedeutet Krisenvorbeugung in der Transformation.
- Gewerkschaft ist Chance auf individuellen Schutz und persönliche Teilhabe an Zukunftschancen.

Wer wirklich um die Freiheit jeder und jedes Einzelnen kämpft oder besorgt ist, der muss erkennen und anerkennen: Freiheit für alle ist nur in der Gestaltung und dem Schutz verbindlicher kollektiver Regeln erreichbar. Alles andere ist eine Freiheit zu Lasten anderer und mit Sicherheit zu Lasten der Beschäftigten.

GEMEINSCHAFT. MACHT. ZUKUNFT.
WIR HALTEN ZUSAMMEN!

WWW.IGBCE.DE

-  twitter.com/igbce
-  facebook.com/igbce
-  youtube.com/user/igbceTV

**Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie**



V.i.S.d.P.

**Christian Hülsmeyer, Vorstandssekretär des Vorsitzenden | Vorstandsbereich 1 Gesamtleitung
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie | Königsworther Platz 6 | 30167 Hannover
Tel.: 0511 76 31 0**

Stand: August 2020